

25 Jahre GRÜNE in Bad Bramstedt

Es war ein heiteres Fest. Der Ortsverband der Bad Bramstedter GRÜNEN feierte sein 25-jähriges Bestehen.

Über 100 Gäste - Gründungsmitglieder, ehemalige Stadtverordnete, alte und neue Aktive und viele Freunde aus den anderen Parteien und den GRÜNEN im Kreis und Land - kamen im Kaisersaal zusammen. Im Festsaal lud die große Sammlung alter Dokumente, Zeitungsartikel, Flugblätter, Plakate und Fotos ein, auf Zeitreise zu gehen. Es ging um den Erhalt der Winkelhäuser, die Einrichtung der Stadtwerke, den Strauchgutsammelplatz, um Energiefragen. Altbürgermeister Gandeke erinnerte an Trennendes, aber auch an gemeinsamen Interesse wie den zweispurigen Ausbau der AKN. Jürgen Kütbach, derzeitiger Rathauschef überreichte Grill-

handschuhe, um weiter „heiße Eisen anpacken zu können“.

Mit Selbstironie karikierten GRÜNE Schauspieler, wie hart Kommunalpolitik sein kann. Cornelia Schönau-Sawade als Miss Sophie (aus „Dinner for one“) hörte sich all die guten Vorschläge der GRÜNEN Politiker an, es gab leider keine Mehrheit in der Ratsversammlung und so fasste sie zusammen: „Same procedere as last year? – Same procedere as every year!“

Die GRÜNE Politik in Bad Bramstedt zeigt, dass man einen langen Atem und manchmal auch mehrere Anläufe braucht, bis sich Erfolge einstellen, dass diese dann aber auch von den Wählerinnen und Wählern gewürdigt werden. BSJ



Radverkehrskonzept für Bad Bramstedt



Am 22.09.2010 besuchte Barbara Ganter aus Husum die GRÜNEN, um uns über das Husumer Radverkehrskonzept zu informieren. Sie erklärte uns, wie es zu der Gründung der Arbeitsgruppe kam, berichtete über die Zusammenarbeit und die Ergebnisse. Alles in allem kann die Arbeitsweise in Husum auch für Bad Bramstedt ein Vorbild sein. AK

„Grüne“ Schwarzkirsche ziert Schulhof

Mehr Grün im Auenland.

Zum 25-jährigen Jubiläum schenkte die CDU-Fraktion dem GRÜNEN Ortsverband eine Schwarzkirsche. Eine freundliche Geste - nur wer darf künftig die Früchte ernten? Unser aller Zukunft: Bramstedter SchülerInnen!

Die GRÜNEN spendeten den Baum der

Gemeinschaftsschule Auenlandschule und er wurde im Mai gepflanzt. Wir wünschen guten Wuchs und reichhaltige Erträge. Der Schulleiter Henkies freute sich bereits über zukünftige „Mußstunden im Schatten einer gewaltigen Blätterkrone mit einem Stück Kirschkuchen auf einer schönen Baumbank“. CS

100 Jahre Bad Bramstedt GRÜNE feiern mit

Im Rahmen der Vereinsmeile der 100-Jahr-Feier der Stadt Bad Bramstedt bauten wir am Samstag an der Ecke Bleeck - Mühlenstraße unseren Stand auf. Mit unserem schönen Glücksrad haben wir einen Quiz für Kinder und Erwachsene angeboten. GRÜNE Themen wie zum Beispiel Energiegewinnung und der ewige Kampf gegen die Atomkraft waren auf dem Drehrad vertreten.

Über diese Themen kamen wir mit den Bad Bramstedter/innen ins Gespräch.

Als Anreiz für die Kinder gab es Bonbons fürs Drehen und ein Mitmachfragebogen, der sie an energiesparende Themen heranzuführen sollte.

Das rege Interesse der Bad Bramstedter/innen hat zum Gelingen unserer Standes beigetragen. SR

Impressum&Kontakt

Grünzeug No. 28
Auflage: 6.000
Erscheinungsdatum: 13.11.10
Verantwortlich für diese Ausgabe:
Fritz Bredfeldt, Joachim Josenhans

Bündnis90/DIE GRÜNEN
Bad Bramstedt
Kontaktadresse:
Bimöhler Str. 3 Tel. 9183
www.gruene-badbramstedt.de

Am vierten Mittwoch jedes Monats treffen wir uns zu einem politischen Arbeitstreffen um 19.30 Uhr im Kaisersaal.

Interessierte sind herzlich willkommen!

Grünzeug

Zeitung für Bad Bramstedt Ausgabe 28/10



Büschchen komisch sind sie ja schon ...

... , die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein, meint Lütt Matten. Jedenfalls regieren selten die Parteien, welche die meisten Stimmen gekriegt haben. Aber verlässlich dabei sind die Swatten. Deren traditionell recht entspanntes Verhältnis zur Bedeutung von demokratischen Mehrheiten scheint jedenfalls bisher die Beschaffung von Dauerplatzkarten für die Regierungsbank begünstigt zu haben.

Was wurde uns auf dem Sektor nicht schon Unterhaltsames geboten: Ehrenworte, „Heide-Mörder“ und nun eine verfassungswidrige Zusammensetzung des Landtags, weil das merkwürdige Landeswahlgesetz aus der Minderheit der Stimmen für CDU und FDP - Abrakadabra - die Mehrheit der Sitze gezaubert hat.

Büschchen komisch findet das inzwischen ja auch das Landesverfassungsgericht und hat deshalb dem Landtag ein neues Wahlgesetz als rasch zu erledigende Hausaufgabe ins Heftchen geschrieben.

Damit haben die Swatten es aber nun auf einmal gar nicht mehr so eilig. Warum denn erst 2012 neu wählen? fragt Lütt Matten. Die haben doch bisher schon nix geschafft – und auch nix vor, wofür man anderthalb Jahre braucht. Also Neuwahlen, aber ZACK, ZACK!

meint Lütt Matten

Atomkraftwerke Keine Laufzeitver- längerungen!

Die schwarz-gelbe Koalition hat eine Laufzeitverlängerung für alle sieben deutschen Atomkraftwerke beschlossen. Der Ausstieg vom Ausstieg. RWE, E.ON und Co. sagen danke für die Milliarden, die dadurch mehr in ihre Kassen geschnebelt werden.

Frau Merkel, Herr Westerwelle, Herr Seehofer, wissen Sie eigentlich, dass selbst ihre eigenen Wähler mehrheitlich dagegen sind? Schon heute wäre keines der 17 deutschen Atomkraftwerke aus Sicherheitsgründen mehr genehmigungsfähig und sind gegen Terrorangriffe oder Flugzeugabstürze schon gar nicht gesichert. Die Laufzeitverlängerung vermehrt die Menge des Atommülls um jährlich rund 400 Tonnen und bremst die Weiterentwicklung und Verbreitung erneuerbarer Energien aus. Ein Endlager ist bis heute nicht in Sicht.

Die Kommunen laufen Sturm gegen die Pläne der Regierung, da selbige in der Vergangenheit massiv in erneuerbare Energien investiert haben. Der vermeintlich billigere dreckige Atomstrom soll nun noch länger im Wettbewerb zu Wind, Wasser und Sonne stehen. Deutschland exportiert zurzeit Strom und der Stromverbrauch in Deutschland sinkt erstmalig seit 2009. Warum dann überhaupt ein Ausstieg vom Ausstieg?

Die Laufzeitverlängerung ist verfassungswidrig, weil sie ohne Zustimmung des Bundesrates nicht in Kraft treten kann. Wir GRÜNE werden gegen diesen Irrsinn vor dem Bundesverfassungsgericht klagen. Notfalls werden wir ihn nach der nächsten Wahl wieder rückgängig machen. RJ



„Helfen Sie uns, ein Atomkraftwerk zu entsorgen!“ Eine Aktion der GRÜNEN im September 2009

Kosten verschwiegen und auf den Steuerzahler abgeschoben

Die Lüge vom billigen Atomstrom



Als ein Argument für die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken wird die anscheinend so billige Erzeugung des Atomstroms genannt.

Doch berücksichtigt man die wahren Kosten des Atomstroms, kommt man zu einem anderen Ergebnis:

Laut Greenpeace-Studie ist die Atomindustrie von 1950 bis 2010 mit **204 Milliarden** aus Steuergeldern subventioniert worden. Auf den Strompreis umgerechnet sind das **4,3 Cent je Kilowattstunde**, die zusätzlich zu dem Strompreis hinzukommen.

Und auch ohne Laufzeitverlängerung werden noch einmal mindestens 100 Milliarden in der Zukunft benötigt. Man denke nur an die Asse, die Milliarden an Steuergeldern verschlingen wird. Demgegenüber steht eine Strompreiserhöhung von 2 Cent aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) für regenerative Energieerzeugung.

Dabei ist auch zu bedenken, dass Strom

Auch Bad Bramstedter GRÜNE dabei: Demonstration am 6.11.10 im Wendland gegen die geplante Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke und gegen die Endlagerung in Gorleben.

zum Beispiel aus Windkraftanlagen aufgrund des technischen Fortschritts immer günstiger wird, im Gegensatz zu Strom aus den konventionellen Anlagen, deren Rohstoffe (Uran, Kohle etc.) immer knapper und somit teurer werden.

Laut Studie des Saarbrücker Hochschulprofessors Uwe Leprich sind die Strompreise unabhängig von EEG, Steuern und Abgaben seit 2000 um über 50 Prozent gestiegen. Derweil haben sich die Gewinne der vier großen Stromkonzerne seit 2002 auf über 100 Milliarden verdreifacht.

Bei der dezentralen regenerativen Energieerzeugung bleiben die Gewinne in der Fläche und kleine Gemeinden haben durch die Gewerbesteuererträge auch was davon.

Allerdings sollten auch Windkraftparks und Biogasanlagen nur im Konsens mit der Bevölkerung und im Einklang mit der Natur errichtet werden. EA

Veranstaltung am 8.12.2010 mit Ingrid Nestle, GRÜNE Bundestagsabgeordnete

100% erneuerbare Energien

Den erneuerbaren Energien gehört die Zukunft – auch in Bad Bramstedt. Auch wenn uns die Bundesregierung etwas anderes glauben machen möchte – eine Energieversorgung ohne Atom- und Kohlestrom ist in greifbare Nähe gerückt.

Schon heute tragen Wasser, Wind, Sonne und Biomasse fast 17 Prozent zur Stromversorgung unseres Landes bei. Vor 10 Jahren galt das von der rot-grünen Bundesregierung formulierte Ziel von 12,5 Prozent als komplett unrealistisch. Überhaupt wurden in der Vergangenheit alle Prognosen über das Wachstum der regenerativen Energien übertroffen. Das macht deutlich, dass das Ziel der GRÜNEN Bundestagsfraktion, in zwanzig Jahren 100 Prozent Stromversorgung aus Erneuerbaren zu erreichen, machbar ist.

Die von der Regierung propagierten „Brückentechnologien“ Atom und Kohle werden mittel- und langfristig nicht gebraucht und würden den Ausbau klimafreundlicher Alternativen nur behindern. Die GRÜNE Energiewende sorgt nicht

nur für die Verringerung des Treibhauseffekts und für die Stabilität des Klimas, sondern sie bringt darüber hinaus noch viele weitere Vorteile für unser Land. Bereits jetzt sind über 300.000 Menschen in diesem Bereich beschäftigt, ein Wachstum der erneuerbaren Energien bringt zwangsläufig weitere Arbeitsplätze mit sich. Zudem wird Deutschland in den nächsten Jahrzehnten zunehmend von Energieimporten unabhängig sein. Das heißt, wir sind nicht mehr angewiesen auf Lieferanten, die aus finanziellen oder politischen Gründen unseren Mangel an Energieträgern ausnutzen könnten. Zudem wird beim Ausbau der neuen Energieformen eine fortschrittliche Technologie entwickelt, die überall in der Welt Nachfrage findet. Auch dies ist ansatzweise schon heute im Bereich der Wind- und Solarenergie erkennbar.

Die GRÜNEN Bad Bramstedt sind der Meinung, dass die Energiewende auch vor Ort vorangebracht werden sollte. Konkret sind wir der Meinung, dass die Stadtwerke noch aktiver als bisher den

Ausbau regenerativer Energien, hier vor allem der Solarenergie, unterstützen sollten. Dies kann sich auf die Beratung und Unterstützung von Bürgerinnen und Bürgern beziehen, die sich selber eine Solaranlage aufs Dach stellen wollen. Darüber hinaus finden wir das Beispiel aus Henstedt-Ulzburg interessant, wo städtische Stellen mit großem Erfolg die Einrichtung von Bürgersolaranlagen gefördert haben. FB

100% erneuerbare Energien für Bad Bramstedt

Veranstaltung am 8. 12. um 19.30 Uhr im Kaisersaal

Eingeladen sind:

Ingrid Nestle, Bundestagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen

Manja Biehl, Wirtschaftsförderung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg

Hans-Jürgen Kütbach, Bürgermeister und Aufsichtsratesvorsitzender der Stadtwerke Bad Bramstedt

Haushaltsberatungen der Stadt

Das Geld reicht nicht!

Die finanzielle Lage der Stadt ist wirklich besorgniserregend, auch wenn dieser Satz reichlich abgedroschen klingt, weil er so oft wiederholt worden ist.

Es ist einfach so, dass die Ausgaben die Einnahmen in den letzten Jahren deutlich überschritten haben. Dabei hat sich Bad Bramstedt nicht in finanzielle Abenteurer gestürzt. Man kann das in mancher Hinsicht mit einer Familie vergleichen, bei der das Einkommen der Eltern auch bei gutem Sparwillen einfach nicht ausreicht, um die laufenden Kosten für Essen, Wohnung, Kleidung und so weiter zu decken. Weil das so ist, werden die Finanzen der Stadt nicht saniert werden können, ohne dass sie besser finanziell ausgestattet wird.

Auch wenn es nicht populär ist: Die Steuern gerade für Besserverdienende müssen steigen! Unser Staat verfügt insgesamt

über zu wenig Geld!

Vor Ort müssen wir genau darauf achten, dass die von den Bürgerinnen und Bürgern aufgebrauchten Steuergelder nur für das Sinnvolle und Nötige ausgegeben werden. Das gilt für alle Bereiche. Zum Beispiel hat die grüne Fraktion im vergangenen Haushaltsjahr erfolgreich daran mitgearbeitet, dass die Jürgen-Fuhlendorf-Schule in einem vernünftigen Rahmen umgebaut und erweitert werden konnte. Durch unsere Initiative konnte der Kostenrahmen von ursprünglich angesetzten 7,6 auf 2,5 Mio € wesentlich reduziert werden. In diesem Sinne werden wir bei der Betrachtung aller Haushaltsposten auch in diesem Jahr darauf hinarbeiten, dass das Defizit der Stadt möglichst niedrig bleibt und dass nur unbedingt notwendige Dinge finanziert werden. FB



Schulpolitik: Eltern, Schüler und Lehrerverbände fordern

Ruhe für die Schulen Schleswig-Holsteins

Der Noch-Kultusminister Ekkehard Klug hat im Oktober eine neue Fassung des Schulgesetzes in den Landtag eingebracht. Eltern, Schüler und Lehrerverbände laufen dagegen Sturm.

Auch der städtische Kulturausschuss hat seine Bedenken angemeldet, denn was würde das neue Gesetz für die Bramstedter Schulen bedeuten?

Die Jürgen-Fuhlendorf-Schule hat sich im Einvernehmen mit der Schulkonferenz und dem Schulträger für die kürzere Variante mit acht Jahren zum Abitur (G8) entschieden. Das ist das Ergebnis harter Überzeugungsarbeit aller Beteiligten. Die Eltern wissen jetzt, worauf sie sich einlassen, wenn sie ihr Kind dort anmelden.

Doch was passiert mit der Auenlandschule, unserer neuen Gemeinschaftsschule? Wird da noch die Oberstufe angeboten werden können? Nach dem neuen Schulgesetz wäre das kaum noch möglich. Weiter ist für die Auenlandschule diese folgende geplante Änderung wichtig: Gemeinschaftsschulen können abschlussbe-

zogene Klassen einrichten. Das heißt, die vom Gesetzgeber und vom Schulträger gewollte gemeinsame Unterrichtung aller Schülerinnen und Schüler kann leicht ausgehebelt werden. Die Gemeinschaftsschule würde so unter der Hand wieder zu einer Haupt- und Realschule und die mühsam erarbeiteten pädagogischen Programme werden nicht gewürdigt.

Darüber hinaus sieht das geplante Schulgesetz vor, dass Gymnasiallehrer, die an einer Gemeinschaftsschule unterrichten, eine höhere Anzahl Pflichtstunden leisten sollen als ihre Kollegen am Gymnasium. Welcher Arbeitnehmer würde längere Arbeitszeiten und schwierigere Bedingungen wählen, wenn er bei gleicher Bezahlung leichtere Arbeitsbedingungen haben könnte?

Die Lehrkräfte werden, wer kann es ihnen verdenken, den einfacheren Weg wählen und den Gemeinschaftsschulen werden die Lehrer für die Oberstufe fehlen. Schulpolitik, wie sie jetzt vom Kultusminister Dr. Ekkehard Klug geplant ist,

bringt erneut Unruhe und Unklarheit an die Schulen. Auch die Eltern wissen nicht, worauf sie sich verlassen können und welche Konzepte nächstes Jahr noch Geltung haben.

Unzufrieden mit der Schulpolitik, haben Vorständler des Landeselternbeirates die **Volksinitiative Schulfrieden Schleswig Holstein** gegründet, in der eine sofortige Aussetzung der vorgesehenen Änderungen der Schulgesetzes in Schleswig-Holstein gefordert wird. Das derzeit geltende Schulgesetz soll seine Gültigkeit bis Juni 2013 behalten, damit an den Schulen vorläufig wieder in Ruhe gearbeitet werden kann und die Umsetzung der erarbeiteten Konzepte Früchte tragen kann. Weitere Informationen gibt es auf der Homepage <http://www.schulfrieden-sh.de>.

Wenn Sie die Aktion des Landeselternbeirates vor Ort durch Ihre Unterschrift unterstützen wollen, melden Sie sich bitte bei Sabine Metzlauff, Tel. 9060086 SAM

